

bewegt

www.gruenebern.ch

ökologisch konsequent. sozial engagiert. global solidarisch



Die Grünen: **initiativ und engagiert**

2 x Ja zum Schutz unserer Umwelt und Landschaft

Im November geht es mit der Unterschriftensammlung los: Die Grünen lancieren mit der «Stopp-Fracking-Initiative» und der Kulturland-Initiative zwei kantonale Volksbegehren, welche einen sorgfältigeren Umgang mit Umwelt und Landschaft verankern wollen. Um das rasche Zustandekommen der Initiativen zu sichern, sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen.



Der Berner Bevölkerung ist der Schutz von Umwelt und Landschaft wichtig. Die sehr deutliche Annahme des Raumplanungsgesetzes und der Zweitwohnungsinitiative unterstreichen dies. Gleichwohl ist das Problem der Zersiedelung noch nicht gelöst: Tagtäglich wird im Kanton Bern eine Fläche in der Grösse eines Fussballfeldes verbaut.



Initiative zum Schutz des Kulturlandes

Boden ist die Grundlage für die lokale Lebensmittelproduktion und die Biodiversität. Mit der Kulturland-Initiative stellen die Grünen sicher, dass diese Ressource besser geschützt ist. Der Kanton Bern soll sich weiterentwickeln können, aber am richtigen Ort und im Sinne eines sorgfältigen Umgangs mit dem Boden. Daher soll die Beanspruchung landwirtschaftlicher Nutzflächen, namentlich für Siedlungs- und Verkehrsflächen, an Kriterien wie eine optimale Erschliessung und eine hohe Nutzungsdichte gebunden werden.

Initiative gegen die Vergiftung unserer Böden

Eine akute Umweltbedrohung stellt das Fracking – die Förderung sogenannten Schiefergases – dar. Dabei werden Millionen von Litern Wasser und giftige Chemikaliencocktails in den Boden gepresst, um an die Gasvorkommen zu gelangen. Irreparable Vergiftung der Böden, Verschmutzungen des Grundwassers und eine Verschandelung der Landschaft sind der Preis. In den USA werden die Folgen dieser Technologie heute sichtbar – im Kanton Bern wollen wir verhindern, dass es je soweit kommt.

30 000 Unterschriften gesucht

Nun gilt es, gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen je 15 000 gültige Unterschriften zu sammeln. Das ist ein gewaltiger Effort. Bitte unterstützen Sie uns dabei! Bestellen Sie per Mail (sekretariat@gruenebern.ch) Unterschriftenbogen und schicken Sie diese möglichst rasch zurück. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Regula Tschanz, Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern

Daphné Rüfenacht, Grossrätin Grüne

Grüne bewegen den Kanton Bern



Die Grünen bringen den Kanton Bern voran! Im wohl umstrittensten Grossratsgeschäft

der laufenden Amtsperiode, dem Pensionskassen- sowie dem Lehrerstellungs- und Personalgesetz, waren es die Grünen, welche den Weg für den Kompromiss geebnet haben. Mit der Kampagne «Erneuerbare Energie für Bern» haben die Grünen ein einmalig breites Bündnis geschmiedet, welches die Energiepolitik nachhaltig prägen wird. Angestossen haben die Grünen auch das Komitee «Nein zur irreführenden Einbürgerungs-Initiative», bei welchem die PräsidentInnen sämtlicher Parteien (exkl. SVP/EDU) mitmachen. Mit der Kulturland-Initiative – gemeinsam mit LOBAG und BDP – wollen die Grünen nun die Raumplanungspolitik stärken; mit der Stopp-Fracking-Initiative der umweltschädigenden Schiefergasförderung einen Riegel schieben. Konsequenterweise, offen, bündnisfähig, aktiv und durchsetzungsfähig. Das ist Grüne Politik. *Blaise Kropf, Präsident; Jan Remund, Vize-Präsident; Anna-Katharina Zenger, Vize-Präsidentin*

Inhalt



Seite 2
Nein zur Einbürgerungs-Initiative



Seite 4
Gripen darf nicht fliegen



Seite 7
Enttäuschend: AKW Mühleberg bis 2019 am Netz

Ein beschämender Entscheid



Der Grosse Rat hat jüngst eine Motion überwiesen, welche die im Kanton Bern ausgerichtete Sozialhilfe gegenüber den Ansätzen der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) um zehn Prozent kürzen will. Im Visier des parlamentarischen Vorstosses stehen der Grundbedarf für den Lebensunterhalt, die situationsbedingten Leistungen sowie die Integrationszulagen.

Der Entscheid des Grossen Rates stellt eine unrühmliche Zäsur dar. Zwar hatten dieses Jahr die Gemeinden Rorschach, Dübendorf und Berikon ihren Austritt aus der SKOS beschlossen. Mehr als ein symbolisches Zeichen stellten diese Austritte aber nicht dar. Im Gegensatz dazu schickt sich der Kanton Bern an, eine massive Senkung der individuellen Sozialhilfe vorzunehmen. Dieser Entscheid wird die Debatte um die soziale Existenzsicherung auch in anderen Kantonen anheizen. Immerhin: Mit der Überweisung der Motion ist die Senkung der Sozialhilfe noch nicht vollzogen, muss der Grosse Rat doch noch einer entsprechenden Gesetzesänderung zustimmen. Allerdings ist klar: Wenn wir einen Dammbreach bei der Kürzung der sozialen Existenzsicherung verhindern wollen, dann müssen wir unsere sozialen Netze wieder offensiver verteidigen. Dabei sind auch wir Grüne gefordert. Lange ist es den neoliberalen VordenkerInnen gelungen, ihre Angriffe auf die Sozialhilfe als Missbrauchsbekämpfung zu tarnen. Die «BMW-Fälle» in Zürich und Bern lieferten die nötige Munition. Mittlerweile sollte jedoch klar sein, dass es ihnen nicht um Missbrauchsbekämpfung, sondern um eine bewusste Umverteilung und eine (Re-)Privatisierung der sozialen Sicherheit geht. Diesem Angriff ist nicht mit Zurückweichen beizukommen, sondern nur mit einer konsequenten Verteidigung unserer sorgsam aufgebauten sozialen Errungenschaften.

*Blaise Kropf,
Präsident Grüne Kanton Bern,
Grossrat Grüne*

Die Grünen: vernetzt

Nein zur irreführenden Einbürgerungs-Initiative

Am 24. November kommt die kantonale Initiative «Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern» zur Abstimmung. Die irreführende Initiative führt zu Rechtsunsicherheit, bürokratischem Aufwand und Diskriminierungen. In einem breiten Komitee mit VertreterInnen nahezu aller Parteien engagieren sich die Grünen für ein Nein zur Initiative.



Die meisten der in der Einbürgerungs-Initiative der Jungen SVP vorgetragenen Anliegen sind Bestandteil der geltenden Vorschriften und Richtlinien auf Bundes- und kantonaler Ebene. Mit Auszügen aus dem Strafregister und dem Betreibungs- und Konkursregister wird schon heute sichergestellt, dass weder straffällige noch wirtschaftlich desintegrierte Personen eingebürgert werden.



Nun fordert die Initiative aber weiter, dass Menschen, welche Sozialhilfeleistungen beziehen oder früher bezogene Sozialhilfeleistungen nicht vollumfänglich zurückbezahlt haben, nicht eingebürgert werden dürfen. Bereits heute ist ausgeschlossen, dass arbeitsunwillige Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert werden. Allerdings ist es mit dem in der Bundesverfassung verankerten Diskriminierungsschutz nicht vereinbar, dass einer Person, die unverschuldet Sozialhilfe bezieht, eine Einbürgerung verweigert wird. Es ist diskriminierend und unfair, alleinerziehenden Eltern, Menschen mit einer Behinderung, Working-Poor-Familien oder einer nach langer Krankheit ausgesteuerten Person die

Einbürgerung wegen eines womöglich Jahrzehnte zurückliegenden Sozialhilfebezugs zu verweigern. Auch deshalb braucht es ein klares Nein zur irreführenden Einbürgerungs-Initiative.

Grüne initiieren breites Komitee

Der Grosse Rat empfiehlt die Einbürgerungs-Initiative mit 109 zu 37 Stimmen deutlich zur Ablehnung. Im Grossen Rat fand die Initiative ausserhalb der SVP-Fraktion nicht eine einzige unterstützende Stimme – und auch in der SVP-Fraktion gab es ablehnende Stimmen. Trotz dem wichtigen Resultat im Grossen Rat ist für die Grünen klar, dass diese «verführerisch» tönende Initiative einer radikalen Jungpartei ernst genommen werden muss. Auf Anstoss der Grünen setzt sich das breit abgestützte Komitee «Nein zur irreführenden Einbürgerungs-Initiative» mit VertreterInnen nahezu aller Parteien für ein Nein am 24. November ein. Und ganz unabhängig von der anstehenden Abstimmung engagieren sich zahlreiche Grüne in ausländerpolitischen Organisationen für eine faire Integrationspolitik.

*Anna Linder, Grossrätin Grüne
Hasim Sançar, Grossrat Grüne*



Schweizer Pass nur noch für Reiche? Die Einbürgerungs-Initiative diskriminiert Personen, die unverschuldet Sozialhilfe beziehen oder bezogen haben.

Die Grünen: verantwortungsbewusst und konsensfähig

Grüne ebnen Weg für Personal-Kompromiss

Der Grosse Rat hat im September die Revision des Lehrerstellungs-, des Personal- und des Pensionskassengesetzes verabschiedet und so die Basis für eine faire Personalpolitik geschaffen. Die Grünen haben dabei einen entscheidenden Beitrag zum Durchbruch geleistet.



Die Erarbeitung des neuen Pensionskassengesetzes (PKG) und die Revision von Lehrerstellungs- und Personalgesetz sind ein politisches Jahrzehntesgeschäft. Die Umsetzung der neuen Bundesbestimmungen bei den öffentlich-rechtlichen Pensionskassen erfordert einen enormen Kapitalbedarf. Zudem stand im Kanton Bern seit fast 20 Jahren die Forderung nach einer Umstellung aufs Beitragsprimat im Raum, welche bei einer fairen Umsetzung ebenfalls kostet. Schliesslich ist die Konkurrenzfähigkeit des Kantons Bern als Arbeitgeberin infolge einer ungenügenden Lohnpolitik angeschlagen – ausserordentlich schwierige Herausforderungen also.

Gesamt- statt Partikularsicht

Das vom Parlament verabschiedete Gesamtpaket ist daher ein gelungener Wurf. Beim PKG wurde eine Lösung gefunden, welche den berechtigten Anliegen des Personals entgegenkommt, ohne die ganze Schuldenlast dem Kanton zu überbürden. Bei den Löhnen sind die gesetzlichen Bestimmungen so angepasst worden, dass das Personal künftig mit einem

verlässlichen und ausreichenden Lohnaufstieg rechnen kann.

Vorbildliche Arbeit der Grünen

Zu diesem Kompromiss haben die Grünen einen zentralen Beitrag geleistet. Architekt der Lösung ist Regierungsrat Bernhard Pulver, der dem Parlament fachlich einwandfreie und politisch ausgewogene Vorschläge präsentierte. Im Grossen Rat war es die Fraktion der Grünen, welche mit einer geschickten Verknüpfung der beiden Geschäfte dafür sorgte, dass die erarbeiteten Lösungen in einem Gesamtkontext beurteilt werden konnten und so die nötige Unterstützung gewannen.

Konsequent, offen und lösungsorientiert: Das Credo Grüner Politik wurde vorbildlich umgesetzt.

Destruktive SVP-Antwort

Auf die konstruktive Lösung antwortete die SVP auf ihre altbekannt destruktive Weise: mit einem Referendum. Damit droht die über Jahre geleistete Arbeit zunichte gemacht zu werden. Wenn die übrigen Parteien die gemeinsame Lösung jedoch weiter unterstützen, können wir diese sicher zum Ziel führen.

Christine Häslar, Fraktionspräsidentin Grüne



Architekt von politischen Jahrzehntesgeschäften: Der Grüne Regierungsrats Bernhard Pulver hat mit ausgewogenen Vorschlägen bei der Erarbeitung des neuen Pensionskassengesetzes und der Revision des Lehrerstellungs- und Personalgesetzes Kompromisse ermöglicht.

Droit du personnel: un succès pour les Verts



À la mi-septembre, le Conseil municipal biennois a décidé de suspendre jusqu'à l'année prochaine le projet de révision totale du Règlement du personnel, motif pris qu'il faut éviter que cette révision ne soit abordée uniquement sous l'angle financier. Le Conseil municipal reprend ainsi les arguments avancés par les Verts lors de la procédure de consultation, seul parti à demander l'ajournement du

projet de révision. En effet le contexte actuel des finances communales, avec des coupes budgétaires d'à peu près 15 millions de francs et un déficit structurel dû au recul des recettes fiscales n'est guère propice à une révision du droit du personnel qui devra être menée par une majorité bourgeoise au parlement communal! Une révision censée régler des questions déterminantes pour les 10 ou 20 prochaines années ne doit nullement être dictée principalement par le contexte économique

actuel défavorable et détériorer ainsi la situation des employés sur le long terme. Par ailleurs, les quelques améliorations proposées au personnel, selon le projet suspendu, sont exclusivement financées par celui-ci, puisque ce dernier devrait se voir supprimer le droit de partir à la retraite à 63 ans. Enfin, alors même que le projet entend poser le principe de partenariat social dans l'article 5, il apparaît que le projet final n'a pas fait l'objet d'une véritable négociation avec les organisa-

tions du personnel. Les Verts estimaient, dans le cadre de la procédure de participation, que le projet de révision du droit du personnel n'était vraiment pas assez consolidé pour être présenté au Conseil de Ville. Ils se réjouissent donc d'avoir été suivis par le Conseil municipal sur ce point.

Urs Scheuss, président des Verts Bienne

Jetzt Gripen-Referendum unterschreiben

Gripen darf nicht fliegen

Seit dem 8. Oktober sammeln die Jungen Grünen Unterschriften für das Referendum gegen den Kauf neuer Kampfflugzeuge. Und das äusserst erfolgreich.



Im Oktober hat das Bündnis gegen neue Kampfjets, dem auch die Jungen Grünen und die Grünen angehören, das Referendum gegen den Gripen-Kauf ergriffen. Das Referendum richtet sich gegen einen Spezialfonds, der zum Kauf von 22 Kampfflugzeugen des Typs Gripen dient.

Für die Jungen Grünen ist klar: Der Kauf von neuen Kampfflugzeugen ist eine unnötige Verschleuderung von Steuermilliarden. Die neun Milliarden Franken für den Kauf, Unterhalt und Betrieb setzen wir besser für die Energiewende, die Sicherung der AHV, den öffentlichen Verkehr oder gute Bildung ein. Überdies können die vorhandenen 32 FA-18 die definierten Aufgaben der Luftpolizei bestens ausführen. Der Bundesrat selber hat in seinem Sicherheitspolitischen Bericht 2010 festgehalten, dass der Kauf neuer Kampfjets während dieser Legislaturperiode unnötig ist.

Sichtbare Politik

Die UnterschriftensammlerInnen der Jungen Grünen Kanton Bern waren in den letzten Wochen äusserst erfolgreich unterwegs: Allein in den ersten zehn Tagen haben wir mit zehn Leuten über 3000 Unterschriften gesammelt. Der Erfolg auf der Strasse zeigt, dass es die Grünen braucht. Nie bekommen wir mehr positives Feedback, nie gewinnen wir so viele neue Mitglieder und selten haben wir mehr Spass als bei Unterschriftensammlungen. Niemand ist so glaubwürdig wie einE PolitikerIn, welcheR sich für ein politisches

Anliegen die Finger abfriert. Kommt also mit uns auf die Strasse und zeigt den Menschen, wofür wir uns einsetzen. Gripen-Referendum, Kulturland-Initiative und Stopp-Fracking-Initiative der Grünen Kanton Bern – wichtige Anliegen gibt es genug!

Argumente und den Unterschriftenbogen gegen den Kauf der Gripen-Kampfflugzeuge findest du hier: www.stoppgripen.gruene.ch

Manuel Michel, Co-Präsident Junge Grüne Kanton Bern



Junge Grüne in den Grossrat



Die Jungen Grünen Kanton Bern wollen die Grünen bei den Grossratswahlen tatkräftig unterstützen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, in jedem der neun Wahlkreise mindestens eine Person für die Grossratswahlliste zu stellen. Die Vorbereitungsarbeiten verlaufen sehr erfreulich. In der Stadt Bern werden die Jungen Grünen gar mit einer eigenen Liste antreten, wobei alle Listenplätze besetzt sein sollen.

Als Junge wollen wir mit den «alten» Grünen zusammenarbeiten, gleichzeitig aber auch eine eigene Rahmenkampagne fahren und klar als Junge Grüne erkennbar sein. Die Erfahrungen zeigen, dass es für unser Mitgliederwachstum sehr lohnend ist, konkrete Projekte am Start zu haben. Dazu zählen für uns nun auch die Grossratswahlen. Die Jungen Grünen Kanton Bern erfahren von der Elternpartei eine starke Unterstützung, dafür sind wir sehr dankbar. Damit

wir aber mit einer gewissen Konsequenz präsent sein können im kommenden Wahlkampf, sind wir auch auf finanzielle Mittel angewiesen und möchten es an dieser Stelle nicht unterlassen, dich um Unterstützung zu bitten: PC 60-688503-7. Herzlichen Dank für deine Spende.

Roman Gugger, Co-Präsident Junge Grüne Kanton Bern

En novembre, les jurassiens et jurassiennes voteront sur l'avenir institutionnel des deux régions

Une nouvelle date-clé dans la chronologie jurassienne

Le 24 novembre, une nouvelle date-clé viendra s'ajouter à la longue chronologie sur la question jurassienne. En effet, les citoyennes et les citoyens des deux grandes régions jurassiennes devront répondre à la question suivante: «autorisez-vous les gouvernements respectifs à entamer un processus tendant à la création d'un nouveau canton couvrant les territoires du Jura bernois et du canton du Jura?». Un bref détour par le passé pour mieux comprendre les enjeux de cette question brûlante.



Le 20 mars 1815, le Jura est annexé au canton de Berne pour compenser sa perte du canton de Vaud et de la Haute-Argovie. Rapidement, le Jura doit lutter contre le centralisme bernois, entre autres pour le maintien de la langue française. Des tensions apparaissent et les divergences se multiplient entre les deux parties du canton. Un mouvement autonomiste est formé et revendique la séparation. Un long processus politique aboutit à l'organisation d'un plébiscite en 1974. Le vote donne un oui des sept districts à la séparation et à la création d'un canton du Jura. Mais en 1975, coup de théâtre: les trois districts du sud votent le maintien dans le canton de Berne. Le pays est scindé en deux. C'est une période marquée par de fortes tensions et des violences au sein de la population. En 1984, le contrôleur des finances bernoises révèle que des fonds secrets – les fameuses «caisses noires» – ont servi à influencer le plébiscite jurassien. Au final, seuls les trois districts du nord s'allient pour former le canton du Jura, le Laufonnais ayant choisi de se fondre dans le canton de Bâle Campagne.

Le nouveau canton entre en souveraineté le 1^{er} janvier 1979

Depuis, le Jura resté bernois ne forme qu'une petite minorité francophone (5,3 pour-cent) du canton de Berne. Au sein de la population, une minorité d'environ 30 pour-cent – dont la majorité des habitants de la ville de Moutier – souhaite toujours la réunification des

deux entités jurassiennes. C'est la suite du problème jurassien. En 1994, suite au rapport d'une commission indépendante qui concluait que la division du peuple jurassien était une erreur et que la réunification était la solution, le Conseil exécutif du canton de Berne et le Gouvernement de la République et canton du Jura signent un accord quittant ainsi leurs relations antagonistes pour entrer dans une dynamique de dialogue. Celui-ci prévoit la création d'une Assemblée interjurassienne dont le but est de trouver une solution définitive au problème.

En avril 2009, l'Assemblée interjurassienne rend son rapport

Elle demande l'organisation d'un nouveau vote sur l'avenir institutionnel des deux régions en avançant deux possibilités: soit le Jura bernois reste dans le canton de Berne tout en bénéficiant d'un statut particulier amélioré, soit de nouvelles procédures en vue de la création d'un nouveau canton sont entamées. Un double vote positif du canton du Jura et du Jura bernois n'impliquerait pas juridiquement la réunification des deux territoires, mais signerait la formation d'une assemblée constituante qui aurait pour mission de définir les contours du futur canton. Par la suite, les deux parties devront à nouveau se prononcer pour accepter ou refuser cette nouvelle constitution.

Daniel Chaignat, Verts Jura bernois



Eine richtungsweisende Abstimmung: Am 24. November entscheiden die Stimmberechtigten des Berner Juras und des Kantons Jura, ob ihre jeweiligen Regierungen den Prozess zur Bildung eines neuen Kantons einleiten sollen.

Politische Zukunft des Berner Juras

Am 24. November finden im Verwaltungskreis Berner Jura und im Kanton Jura Volksabstimmungen über die institutionelle Zukunft des Berner Juras statt. Die Stimmberechtigten der beiden Regionen beantworten die Frage, ob ihre jeweiligen Regierungen den Prozess zur Bildung eines neuen Kantons aus den Gebieten des Berner Juras und

des Kantons Jura einleiten sollen. Die Grüne Regionalpartei «Verts Jura bernois» hat für die Abstimmung vom 24. November Stimmfreigabe beschlossen. Als Partei legen die «Verts Jura bernois» den thematischen Fokus auf Grüne Kernanliegen wie die Energiewende, die Erhaltung der Biodiversität, eine nachhaltige Wirtschaft, den sozialen Ausgleich –

und dies unabhängig von Kantonsgrenzen. Vor allem aber unterstreichen die «Verts Jura bernois» mit der Stimmfreigabe ihr oberstes Credo zur Abstimmung über die institutionelle Zukunft des Berner Juras: den Wunsch nach und dem Engagement für eine Abstimmung in einem respektvollen und toleranten politischen Klima.

Städtische Abstimmung vom 24. November: Ja zum Produktegruppen-Budget 2014



Gemeinwesenarbeit erfüllt wichtige Integrationsfunktion

Im September hat der Stadtrat das Budget 2014 beraten, das am 24. November zur Abstimmung kommt. Dank dem Stadtratsentscheid kann die Gemeinwesenarbeit weiterhin einen wertvollen Beitrag für das Zusammenleben in den Quartieren leisten.



Quartierzentren leisten seit Jahren einen wertvollen Beitrag für das Zusammenleben. Der Breitsch-Träff feiert im November seinen 33. Geburtstag und ist ein gutes Beispiel für den Wandel, den die Zentren erfahren haben: Einst waren sie der einzige Quartiertreffpunkt, inzwischen haben sich die Ansprüche geändert. Mit der Kombination Tagesschule/Abendbetrieb hat man für den Breitsch-Träff ein Konzept entwickelt, das den heutigen Bedürfnissen besser Rechnung trägt. Für mich soll bei der Gemeinwesenarbeit künftig die mobile aufsuchende Quartierarbeit noch stärker im



Vordergrund stehen. Wichtig sind mir auch das Mütterzentrum Bern West und der Familientreff Bern. Beide leisten mit wenig Geld Grosses bei Kinderbetreuung, Elternbildung und Gesundheitsförderung. Viele bürgerliche GrossrätInnen haben leider ausgerechnet bei der Gemeinwesenarbeit den Rotstift angesetzt. Dank dem Stadtratsentscheid können wir die Gemeinwesenarbeit trotzdem

mit einem befriedigenden Budget weiterführen. Mir ist es wichtig, gemeinsam mit allen Beteiligten die künftigen Schwerpunkte der Gemeinwesenarbeit festzulegen und diese kontinuierlich an die Bedürfnisse der Bevölkerung anzupassen.

*Franziska Teuscher,
Gemeinderätin Stadt Bern,
Direktorin für Bildung, Soziales und Sport*

Städtische Abstimmung vom 24. November: Ja zum Baukredit Sanierung Stadttheater Bern



Auch in Zukunft ein breites Publikum anziehen

Am 24. November entscheidet die Berner Stimmbevölkerung über den Sanierungskredit für das Stadttheater.



Das 1903 erbaute Berner Stadttheater ist seit jeher ein wichtiger Pfeiler des kulturellen Lebens der Stadt Bern und über die Stadt hinaus. Hier wird klassisches und modernes Musiktheater geboten, das Berner Symphonieorchester spielt Familienkonzerte und es gibt das Theater der Nouvelle Scène in französischer Sprache, Ballett-Vorführungen sowie moderne Tanzproduktionen.

Ende August stimmte der Berner Stadtrat einem Sanierungskredit für das Stadttheater von 45 Millionen Franken klar zu. Die 45 Millionen Franken sind ein Kostendach, das als politischer Kompromiss zwischen dem Stadtpräsidenten und unserem Grünen Regierungsrat Bernhard Pulver ausgehandelt worden ist. Nur wenn auch die Agglomerationsgemein-

den die Sanierung unterstützen, kann das Projekt ohne Abstriche durchgeführt werden. Für die beiden grünen Parteien in der Stadt Bern ist klar, dass es keine Abstriche im Publikumsbereich geben darf, wenn das Stadttheater weiterhin ein möglichst breites Publikum anziehen soll.

Im November werden sowohl die Stadtberner Bevölkerung wie auch der Grosse Rat über den Sanierungskredit abstimmen. Es ist zu hoffen, dass die Finanzierung der Sanierung zustande kommt und das Stadttheater bald in neuem Glanz und mit einem attraktiven Publikumsbereich für

Jung und Alt, Stadt und Land erscheinen wird.

*Lukas Gutzwiller,
Stadtrat, Grossratskandidat*



Gemeindewahlen in Münsingen

Grüner Erfolg auf der ganzen Linie

Gemeindepräsidium, zwei Sitze im Gemeinderat, ein zusätzlicher Sitz im Parlament: Die ökologische Vorzeigegemeinde Münsingen wird politisch grüner.



Der «Bund» titelt am 28. Oktober «Grüner Triumph in Münsingen». Tatsächlich erzielen die Grünen ein Glanzresultat: Beat Moser wird klar mit 66 Prozent der Stimmen zum neuen Gemeindepräsidenten gekürt. Damit nicht genug: Die Grünen sind auf allen Stufen die bestgewählte Partei in Münsingen. Christoph Maurer wird mit 21 Prozent Wähleranteil im siebenköpfigen Gemeinderat bestätigt. Mit Beat Moser und Christoph Maurer haben die Grünen nun als einzige Partei zwei Gemeinderatsmitglieder. Dank eines dazugewonnenen Sitzes werden die Grünen

ab 2014 mit sechs Mitgliedern im Parlament vertreten sein. Der Erfolg wird gekrönt von den guten Wahlresultaten der Grünen VertreterInnen im Parlament. Die Grüne Vera Wenger hat über alle Parteien hinweg am meisten Stimmen erhalten.

Wir nehmen den phantastischen Ausgang der Gemeindewahlen mit grossem Respekt zur Kenntnis. Wir interpretieren dieses Resultat als Auftrag, Verantwortung zu übernehmen und vor allem das verloren gegangene Vertrauen zwischen Behörden und Bevölkerung wieder aufzubauen. Ferner wollen die Grünen die anstehenden Probleme federführend und in breiter Kooperation einer Lösung zuführen. Wir sind überzeugt, in Münsingen zusammen mit konstruktiven Kräften eine neue Polit-Ära starten zu können.

Jürg Schacher, Vize-Präsident Grüne Münsingen



Gut vernetzt und nahe bei der Bevölkerung: Beat Moser, Grüner Gemeindepräsident in Münsingen.

Agenda

■ **26.11.2013, Treffen für Neumitglieder und Interessierte:** Eingeladen sind alle Interessierten und Neumitglieder, die sich über die Grünen Kanton Bern informieren möchten. 19.00 Uhr, Sekretariat Grüne Kanton Bern, Monbijoustrasse 61 (2. Stock), Bern.

■ **14.01.2014, Delegiertenversammlung Grüne Kanton Bern:** Die Delegiertenversammlungen der Grünen Kanton Bern sind öffentlich und geben einen spannenden Einblick in die aktuellen politischen Schwerpunkte der Partei. Hauptthemen der Delegiertenversammlung vom Januar 2014 sind die kantonalen Wahlen vom März

und die Initiativprojekte der Grünen. 19.00 Uhr, Bern. Mehr Infos: www.gruenebern.ch.

■ **31.01.2014, Die Grünen stellen sich vor:** Sie interessieren sich für Grüne Politik? Sie möchten mehr wissen über die politischen Schwerpunkte der Grünen, unsere aktuellen Projekte, unsere Strukturen oder Möglichkeiten, uns zu unterstützen? Sie möchten aktiv werden? An einer Informationsveranstaltung mit Apéro stellen sich die Grünen Kanton Bern vor. Die Veranstaltung ist öffentlich – eingeladen sind alle, die uns persönlich kennenlernen möchten. 18.00 – 21.00 Uhr, Bern. Mehr Infos: www.gruenebern.ch.

AKW Mühleberg bis 2019 am Netz: ein enttäuschender Entscheid



Am 30. Oktober hat die BKW bekanntgegeben, dass das AKW Mühleberg noch bis ins Jahr 2019 weiter-

betrieben werden soll und dabei auf grössere Nachrüstungen verzichtet wird. Positiver Aspekt am Entscheid der BKW ist, dass nun erstmals ein konkretes Abschaltdatum auf dem Tisch liegt. Dies zeigt, dass sich der politische Druck, den die Grünen mit ihrer Atomausstiegsinitiative und zahlreichen Kampagnen aufgebaut haben, gelohnt hat und Wirkung zeigt. Dennoch haben die Grünen Kanton Bern mit Ernüchterung und Unverständnis vom Entscheid des Verwaltungsrats der BKW Kenntnis genommen. Das ENSI hat im Dezember 2012 gegenüber dem AKW Mühleberg klare Vorgaben gemacht, welche für einen Betrieb über das Jahr 2017 hinaus erforderlich sind. Dazu zählen u.a. eine von der Aare unabhängige Kühlwasserversorgung, ein erdbebenfestes Brennelementbecken-Kühlsystem und der Ersatz der Zugankerkonstruktion für den Kernmantel. Die vom ENSI geforderten Nachrüstungen hätten ein Investitionsvolumen im dreistelligen Millionenbereich zur Folge. Die BKW will sich nun trotz des Weiterbetriebs des AKW über 2017 hinaus auf Nachrüstungen von 15 Mio. beschränken. Dieser Entscheid stellt nicht nur die BKW, sondern ebenso das ENSI in ein schiefes Licht. Offensichtlich ist das ENSI bei der Sicherheit zu Verhandlungen bereit. Deals zulasten der Sicherheit sind aber inakzeptabel; wohin das führt, hat der GAU von Fukushima aufgezeigt. Für die Grünen ist klar, dass für einen Betrieb bis 2019 alle Sicherheitsanforderungen an einen Langzeitbetrieb umgesetzt werden müssen. Alles andere wäre gegenüber der Bevölkerung der Region Bern und des Mittellands verantwortungslos. Das ENSI ist jetzt gefordert, Unabhängigkeit und Konsequenz zu beweisen.

Regula Tschanz, Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern

Ja zur 1:12-Initiative



Im Vorfeld zur Abstimmung über die 1:12-Initiative wird mit Steuer- und AHV-Ausfällen in Milliardenhöhe

gedroht. Die Initiative koste viele Stellen und Firmen würden abwanden. Das sind jedoch nur Scheinargumente: Wenn ein Betrieb statt zehn nur eine Million an seine ManagerInnen überweist, bleibt mehr im Betrieb und Gewinnsteuern werden fällig. Ein Betrieb mit kleineren ManagerInnenlöhnen hat mehr Spielraum für Forschung und Entwicklung sowie Investitionen in neue und effiziente Maschinen. Neu geschaffene Arbeitsplätze generieren wiederum Steuer- und AHV-Einnahmen.

Auch in der Schweiz ist die Einkommensschere aufgegangen. Die hohen Einkommen und GrossverdienerInnen sind lohnmassig davongezogen. Wird die 1:12-Initiative nicht angenommen, dürften ManagerInnenlöhne im dreistelligen Millionenbereich bald an der Tagesordnung sein.

Vielleicht mag es ManagerInnen geben, die durch die Annahme der Initiative bedingte Lohnkürzungen nicht in Kauf nehmen würden. Das gibt aber den Firmen die Gelegenheit, eine neue ManagerInnen-Generation anzustellen, die sich nicht über exorbitante Löhne definiert sondern über die Produkte und Leistungen, die im Betrieb erbracht werden. Zudem ist es jedem Betrieb freigestellt, die tiefsten Löhne anzuheben und nicht die höchsten zu kürzen.

Thomas Gerber, Geschäftsführer
Amarena AG (Lohn 1:1,32)
www.1-12.ch

Eidgenössische Abstimmung vom 24. November

Fördermittel für Familien statt Giesskannenprinzip

Am 24. November kommt die Initiative «Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen» zur Abstimmung. Die Grünen lehnen die Initiative der SVP ab, weil vom vorgeschlagenen Steuerabzug nicht Familien mit mittleren und tiefen Einkommen profitieren, die eigentlich auf Unterstützung angewiesen sind.



Die SVP-Familieninitiative verlangt, dass Eltern, die ihre Kinder selber betreuen (d.h. nicht in eine Kita, Tagesschule oder zu Tageseltern schicken), für die Kinderbetreuung einen mindestens gleich hohen Steuerabzug geltend machen können, wie Eltern, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen. Der Steuerabzug für Fremdbetreuung ist erst seit 2011 in Kraft. Die SVP scheiterte damals in der parlamentarischen Debatte mit ihrem Anliegen und lancierte in der Folge die Familieninitiative.

Grüne Gründe gegen die Initiative

Viele Familien sind heute auf familienergänzende Betreuungsangebote angewiesen. Neben dem pädagogischen Nutzen und der Erleichterung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie profitiert davon auch die Volkswirtschaft. Jeder investierte Franken generiert vier Franken, v.a. durch höhere Steuererträge. Es ist daher richtig, dass Eltern ihren Aufwand steuerlich abziehen können. Einen solchen Aufwand haben selbstbetreuende Eltern nicht. Trotzdem will die SVP auch diese Familien steuerlich entlasten. Ausserdem wäre dieser neue Abzug ein Fremdkörper im Steuersystem: Man kann die Abzüge fürs Pendeln oder die Berufsgewinnungskosten auch nur dann geltend machen, wenn man berufstätig ist und damit ein Einkommen verdient, das man versteuert.

Mit diesem Angriff auf das Steuersystem riskieren wir im Kanton Bern Steuerausfälle von 61 Millionen Franken. In der heutigen finanziellen Situation des Kantons Bern können wir uns das

nicht leisten. Ausserdem würde der Geldsegen gutbetuchten Familien zu Gute kommen, die von einem einzelnen Einkommen leben können. Schon heute bezahlt die ärmere Hälfte der Schweizer Familien keine Bundessteuern und würde somit gar nichts vom neuen Steuerabzug spüren.

Grüne Lösungsvorschläge

Die Grünen sehen im Gegensatz zum vorgeschlagenen Giesskannenprinzip der SVP Fördermittel für Familien wie Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien, mehr Teilzeitstellen – auch auf der Führungsebene und für Männer –, genügend Kita- und Tagesschulangebote und den Vaterschaftsurlaub vor.

Bettina Keller, Grossrätin Grüne



Familienergänzende Betreuungsangebote bringen pädagogischen Nutzen und erleichtern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Parolen

■ National

- Ja zur 1:12-Initiative (s. oben)
- Nein zur Familieninitiative (s. oben)
- Nein zur Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes (Autobahnvignetten). Der Vignettenpreis von 100 Franken spült nicht nur Geld für den Unterhalt, sondern jährlich auch 200 Millionen Franken für den Aus- und Neubau von Strassen in die Bundeskasse. Die Grünen wehren sich gegen

eine solche Kapazitätserweiterung, nachdem die Kompromissvorschläge der Grünen für eine Erhöhung der Vignette auf 60, 70 oder 80 Franken abgelehnt wurden.

■ Kanton Bern

Nein zur Initiative «Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern» (s. S. 2)

Impressum

Grüne Kanton Bern, Monbijoustrasse 61,
PF 1066, 3000 Bern 23
Erscheint vier Mal jährlich für Mitglieder und Sympathisierende der Grünen Kanton Bern.
Redaktion: Regula Tschanz
Gestaltung: www.muellerluetolf.ch
S. 2: Stefan Häuselmann; S. 3: Christoph Heilig;
S. 6 (oben): Villa Stucki; S. 6 (unten): Philipp Zinniker; S. 8: Fabian Lütolf
Druck: Bubenberg Druck, Bern
Auflage: 7800
Redaktionsschluss Nr. 30: 10.12.2013
sekretariat@gruenebern.ch
Tel. 031 311 87 01, PC-Konto: 60-791966-7